

## Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen für das Haushaltsjahr 2016



**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Masino,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,  
sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

beim Lesen des Entwurfs des Haushaltsplans für das kommende Jahr wird einem schon nach den ersten Seiten angst und bange. Zur teilweisen Finanzierung dringend erforderlicher Investitionen im Bereich der Kinderbetreuung und der Schaffung von Wohnraum im Rahmen der Anschlussunterbringung für Asylbewerber reduziert sich die allgemeine Rücklage um 3,336 Mio. Euro zum Jahresende 2016 auf die Mindestrücklage von 625 Tsd. Euro. Das bedeutet, dass durch diesen immensen Rückgang auf die Mindestrücklage keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, um unvorhersehbare Ausgaben aufzufangen. Das wiederum bedeutet, Investitionen sind nur noch über neue Kreditaufnahmen möglich. Seit Jahren machen wir von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen darauf aufmerksam, dass es so nicht weiter gehen kann. Die letztjährige Haushaltsrede leiteten wir mit den Schlagworten ein:

- **kein Freiraum für Investitionen**
- **Verwaltung des Mangels**
- **Prognostizierte Steigerung der Verschuldung**

Die Worte werden auch auf das kommende Haushaltsjahr zutreffen, jedoch mit der Besonderheit, dass eine massive Steigerung der Verschuldung eintreten wird.

Der Schuldenstand des Kernhaushaltes wird sich drastisch erhöhen. Die Kreditaufnahme in Höhe von 3,491 Mio. Euro dient zur restlichen Finanzierung der oben genannten Ausgaben und weiterer Investitionen.

Daneben betrifft dies beispielsweise die teilweise Sanierung des Kurhauses, die nach Abzug von Zuschüssen mit einem Betrag von 210 Tsd. Euro zu Buche schlägt. Diese Investition bildet die Grundlage der bereits erfolgten teilweisen Vermietung des Kurhauses an zwei private Investoren. Außerdem ist als wesentliche Investition der Bau einer Obdachlosenunterkunft in Wert von 300 Tsd. Euro geplant. Hier sprechen wir jedoch nur vom Kernhaushalt. Die Verbindlichkeiten der Eigenbetriebe wie der Wasserversorgung sowie die Verbindlichkeiten der Kurverwaltungs-GmbH, für die die Gemeinde im Falle eines Ausfalls haftet, müssen noch hinzuaddiert werden.

Summa-Summarum schieben wir zum Ende des Jahres 2016, sofern keine weiteren unvorhersehbaren Ausgaben anstehen, einen Schuldenberg von mindestens 17,22 Mio. Euro vor uns her und belasten damit nachfolgende Generationen in einer für uns nicht mehr vertretbaren Weise.

Wollen wir so weitermachen wie bisher?

Ich erinnere an unsere Haushaltsreden für die Verabschiedung des Haushalts für die Jahre 2013 und 2015 in der wir für die Notwendigkeit zur Erstellung eines Masterplans plädiert hatten, sollten alle freiwilligen Leistungen der Gemeinde beibehalten werden.

Was ist passiert? Nichts !

Dies kann so interpretiert werden, dass die Verwaltung und Teile des Gemeinderates mit dem Status quo einverstanden sind und keine Veranlassung sehen hier gegensteuernde Maßnahmen zu diskutieren und einzuleiten.

Wie bereits in den letzten Haushaltsreden dargestellt, belief sich die durchschnittliche Höhe der Zuschüsse an unsere freiwilligen Einrichtungen auf 558 Tsd. Euro jährlich.

Zur Erinnerung: Es handelt sich hierbei um die reinen Zahlungsströme. Auf die Einbeziehung von Abschreibungen, kalkulatorischen Zinsen und so weiter wurde bewusst verzichtet. Für das Jahr 2016 belaufen sich die Zuschüsse auf ca. 660 Tsd. Euro.

Mit welcher Konsequenz? Durch die hohen Zuschüsse für unsere freiwilligen Einrichtungen wird es uns zukünftig nicht mehr möglich sein, unsere Kernaufgaben ohne neue Schulden oder weitere Gebührenerhö-

hungen auch nur ansatzweise zu finanzieren. Ich erinnere da an die Erhöhung der Kindergarten- und Hortgebühren, für deren Anstieg es angeblich keine Alternative gäbe.

Wie bereits in der Haushaltsrede für das Jahr 2015 gefordert, sehen wir als dringendste Aufgabe weiterhin die Themenstellung „Eistreff“ in den Fokus zeitnaher Diskussionen und Entscheidungen aufzunehmen. Wie allseits bekannt, laufen die steuerlichen Förderungen sowie der Verbrauch der seinerzeitigen Zuschüsse spätestens im Jahre 2017 aus.

Bereits im Jahre 2015 haben wir die Weichenstellung für die künftige Nutzung der Liegenschaft gefordert. Für uns stellt eine Weiterbelassung der derzeitigen Nutzung als Eislaufhalle aus ökologischer und ökonomischer Sicht keine Alternative dar. Die geplante Energiezentrale wurde uns ursprünglich so verkauft, dass eine jährliche Kosteneinsparung in Höhe von 60 Tsd. Euro erzielbar wäre. Nach den neuesten Berechnungen belaufen sich die Kosteneinsparungen lediglich noch auf 20 Tsd. Euro. Es sei die Fragestellung gestattet, ob dieser Wert einen realen Hintergrund hat.

Daneben ist zu beachten, dass zur Realisierung der Energiezentrale ein gemeindlicher Aufwand in Höhe von 100 Tsd. Euro erforderlich sein wird.

Die Straßen und Anlagen in Waldbronn sind teilweise in einem maroden Zustand, dringend wären notwendige Investitionen nötig um nicht nur die Infrastruktur zu erneuern, sondern auch die Ortskernentwicklung weiter voran zu treiben. Schon im Februar diesen Jahres stellten wir den Antrag, endlich alles Erforderliche in die Wege zu leiten um die Durchgangstraßen in Busenbach und in Reichenbach in eine Tempo 30-Zone umzuwandeln. Erste Ergebnisse wurden in der Gemeinderatssitzung vom 9. Dezember diesen Jahres präsentiert. Seitens eines Fachbüros wurden neuralgische Straßenabschnitte in Busenbach und Reichenbach genannt. Weitere Maßnahmen im Rahmen einer Lärmaktionsplanung sollen beschlossen und der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Aus unserer Sicht müssen die Durchfahrtsstraßen in diesen Ortsteilen verkehrsberuhigt gestaltet werden. um den dörflichen Charakter, welchen Waldbronn trotz einiger Bausünden immer noch hat, zu bewahren.

Die bauliche Innerortsverdichtung hat mittlerweile Ausmaße angenommen, die wir zukünftig so nicht mehr mittragen werden. Aufgrund fehlender Bebauungspläne müssen Bauten in zweiter und dritter Reihe zugelassen werden. Einfamilienhäuser werden durch monströse Mehrfamilienhäuser ersetzt. Die zukunftsgerichtete Entwicklung der Ortskerne in unserer Gemeinde sehen wir in der Aufstellung von Bebauungsplänen

und nicht in den punktuell zu entscheidenden Vorgängen, ob sich projektierte Baumaßnahmen in die Umgebung einfügen. Doch hierfür fehlt uns, machen wir so weiter, das notwendige Geld!

Keinesfalls positiv sehen wir eine Bebauung des Geländes im Kurpark zwischen Ladenzeile und Kurhaus in Reichenbach mit einem Hotel und hochpreisigen Wohnanlagen. Eine Betonwüste, wie sie die derzeitigen Planungen vorsehen, würde diesen Bereich nachhaltig schädigen, der Eingriff in den Kurpark und die Natur wäre desaströs, zudem würde ein Bauwerk die Durchlüftung des Ortskerns verhindern - so frühere Aussagen der Verwaltung.

Wir wissen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass bei Durchführung der angedachten Maßnahmen alter und wertvoller Baumbestand in einer Größenordnung von 20 Stück unwiderruflich aus dem Ortsbild verschwinden wird. Die Verkehrsbelastung würde sich auf die sowieso schon stark frequentierte Pforzheimer Straße negativ auswirken.

Im Rahmen der angedachten Bebauung des Areals wird auch seitens der Verwaltung auf die dringende Notwendigkeit einer Hotelanlage hingewiesen. Entwürfe und gestalterische Ideen zur Erstellung der Hotelanlage und weiterer Gebäude sowie der Lösung der Parksituation sind Bestandteil des aktuell laufenden Investorenwettbewerbs. Dabei ist Bedingung, dass die zu errichteten Gebäude ebenerdige Zugänge zur Pforzheimer Straße erhalten; dies bedeutet, dass das stark abschüssige Gelände des Kurparks - zumindest teilweise - aufzufüllen ist.

Der Blick in den Kurpark wird dann überwiegend verwehrt, dies ändert sich auch nicht durch einen angedachten Abstand zwischen Hotel und den weiteren Gebäuden mit ca. 25 Metern. Vom Kurpark aus sieht der Betrachter einen voluminösen Querriegel mit Tiefgarage und einer Bebauung mit drei Vollgeschossen.

Bekanntlich sind wir in unserer Fraktion mit der Erschließung des Baugebietes Rück II geteilter Meinung. Ich lehne diese Bebauung vehement ab, weil wir somit unsere Rückhalteflächen für nachfolgende Generationen vernichten und zudem die Bebauung Fleckenhöhe danach folgen wird (ein Kreisell ist bereits eingepflanzt). Trotz der Notwendigkeit für die Schaffung weiteren Wohnraumes dürfen die ökologischen und finanziellen Belastungen für die Gemeinde nicht unerwähnt bleiben. Gerade deshalb ist es wichtig, maßvoll mit einer baulichen Verdichtung in den Ortskernen umzugehen. Die Errichtung des Hotels in dem neu zu erschließenden Baugebiet Rück II sollte in die Überlegungen einbezogen werden.

Weitere Neubaugebiete in Waldbronn sind aus unserer Sicht keinesfalls nötig. Eine Erschließung der Fleckenhöhe wird von uns gegenwärtig und zukünftig als nicht zustimmungsfähig beurteilt.

Wir halten die Errichtung einer Zufahrtstraße über das Gebiet Fleckenhöhe zu einer angrenzenden Firma nicht erforderlich und ökologisch keinesfalls vertretbar. Bisher ist nicht belegt, dass die Badener Straße, durch die der Individualverkehr derzeit läuft, übermäßig belastet ist.

Wir dürfen in diesem Zusammenhang auf die Ergebnisse unserer Leitbilddiskussion verweisen. Die einzelnen Gruppen die sich mit der baulichen und der ökologischen Ausrichtung unserer Gemeinde befasst haben, haben regelmäßig die behutsame und maßvolle Überplanung gefordert. Insbesondere wurde auf das ökologische Bauen abgestellt, daneben soll Waldbronn weiterhin eine durchgrünte Gemeinde mit hohem Erholungswert im öffentlichen Raum sein.

Eine weitere flächendeckende Versiegelung wird nicht befürwortet.

An dieser Stelle möchte sich die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen bei den an der Leitbilddiskussion beteiligten Bürgerinnen und Bürgern für das außerordentliche Engagement bedanken. Wir geben allerdings zu bedenken, dass die vielfältigen Wünsche, Vorschläge und Anregungen weder aktuell noch mittelfristig aufgrund der prekären Haushaltslage umgesetzt werden können.

Wir halten es für erforderlich, die Krippen- und Kleinkinderbetreuung weiter auszubauen. Ein erster Schritt ist der Neubau des Kindergartens und der Kinderkrippe in der Tulpenstraße bei der Albert-Schweizer-Schule. Zu bedenken ist aber auch, dass jedes neue Neubaugebiet, hier das Baugebiet Rück II, weiteren Bedarf an Kinderbetreuung nach sich ziehen wird.

Unsere letztjährige Anregung der Überprüfung des Spielplatzkonzeptes grundlegend zu ändern wurde aufgenommen. Entsprechende Maßnahmen sind eingeleitet, die Gelder zur Umsetzung sind im Haushaltsplan enthalten.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, der Haushaltsentwurf 2016 mit den damit verbundenen Ausgaben und Einnahmen stimmt uns von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen besorgniserregend. Die massiven Ausgaben bei den freiwilligen Einrichtungen, den anfallenden Aufwendungen zur Bewältigung der Flüchtlingsproblematik und der laufenden als auch der neu erforderlichen

Finanzierung der Einrichtungen zur Kinderbetreuung lassen uns finanziell keine Luft mehr zum Atmen. Investitionen, egal in welchem Bereich müssen durch weitere Kredite finanziert werden. Weitere Gebührenerhöhungen werden unumgänglich sein, sollten wir nicht endlich den Mut haben, fundamentale Entscheidungen zu treffen.

Solange das nicht der Fall ist, können wir einem „Weiter so“ nicht zustimmen.

Aus dem aktuellen Haushaltsentwurf zum Haushaltsjahr 2016 lässt sich ein Sparwille nicht erkennen.

Zum Schluss unserer Ausführungen möchten wir in aller Kürze das sehr wichtige Thema der interkommunalen Zusammenarbeit mit unserer Nachbargemeinde Karlsbad ansprechen. Im abgelaufenen Jahr hatten wir und ich vermute auch die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen den Eindruck, dass die anfängliche Euphorie der Zusammenarbeit im Sande verlaufen ist. Wir sprechen hiermit die Hoffnung aus, dass das für beide Gemeinden so notwendige Thema wieder aufgegriffen und forciert wird.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Mitglieder der Verwaltung, sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wird dem Haushaltsplan 2016 aus den benannten Gründen nicht zustimmen.

Ihnen allen geruhsame und gesegnete Weihnachten und ein zufriedenes Jahr 2016.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

**Beate Maier-Vogel**, *Fraktionsvorsitzende  
der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Waldbronner Gemeinderat*